



RATSFRAKTION WUPPERTAL

Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister
Peter Jung
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal*

Es informiert Sie Jörn Suika
- Fraktionsvorsitzender -

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-6272
Fax (0202)
E-Mail suika@web.de

Datum 23.02.2010

Drucks. Nr. VO/0227/10
öffentlich

Große Anfrage

Zur Sitzung am
15.03.2010

Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Wege aus der Kommunalverschuldung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jung,

am 19.02.10 haben die Städte des Aktionsbündnisses "Raus aus den Schulden" ihren Forderungskatalog an die Landes- und Bundesregierung erneuert und ihre Vorschläge für eine nachhaltige Lösung der kommunalen Unterfinanzierung vorgelegt.

Insbesondere fordern die Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Städtedreiecks vom Bund:

- Übernahme der Mehrausgaben für die Kosten der Unterkunft (KdU) durch den Bund
- Übernahme der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen
- Aufstockung der Beteiligung an der Grundsicherung im Alter
- Abdeckung der Hilfe zur Pflege durch die Pflegeversicherung
- Zusätzliche Finanzmittel für den Ausbau der Kinderbetreuung
- Entlastungen im Bereich der Hilfe zur Erziehung
- Kompensation aller Steuerausfälle der Kommunen durch die in den letzten zwei Jahren vollzogenen Steuergesetzesänderungen
- Überprüfung und Rückführung von Aufgaben und Standards

vom Land:

- Einrichtung eines Entschuldungsfonds, der über 10 Jahre die Zinszahlungen sowie eine Tilgungsleistung von 4% des Anfangsbestandes der Kassenkredite übernimmt und eigene Tilgungsleistungen der Stadt verdoppelt.
- Befreiung von Zahlungen in den Fonds Deutscher Einheit
- Erhöhung der Finanzausgleichsmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz
- Überprüfung und Rückführung von Aufgaben und Standards
- Freistellung von kommunalen Eigenanteilen zu Förderhilfen für strukturschwache

Kommunen

Für die darüber hinausgehenden Defizite haben die Oberbürgermeister und Kämmerer der Unterzeichnerstädte zugesagt, dass diese durch „kommunale Eigenanstrengungen“ oder eine „Entschuldungsabgabe“ (z.B. durch Erhöhung der Grundsteuer B) gedeckt werden sollen.

Dies definiert nach Ansicht der FDP-Fraktion die Größenordnung für die Einsparmaßnahmen, die der Rat der Stadt Wuppertal treffen muss.

Daher bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche finanzielle Entlastung für den städtischen Haushalt verspricht sich die Stadt Wuppertal für die Jahre 2010 bis 2014 sowie für die Zeit nach 2014 aus den einzelnen Forderungen des Aktionsbündnisses "Raus aus den Schulden!"?
2. Welche Einsparbeträge sind im städtischen Haushalt in den Jahren 2010 bis 2014 sowie für die Zeit nach 2014 notwendig, um - unter Einbeziehung der in Frage 1 genannten Beträge sowie einer eigenen, jährlichen Tilgungsleistung von 3% des aktuellen Kassenkreditbestandes - den Primärsaldoausgleich zu schaffen?
3. Wie hoch ist die Differenz zwischen den aus Frage 2 resultierenden Beträgen und den Vorschlägen des Haushaltssicherungskonzeptes, wenn man die im HSK vorgesehenen Veräußerungserlöse von städtischem Eigentum (wie GWG, Kleine Höhe und Kleinst-Beteiligungen) ausschließlich für Sondertilgungen der regulären Investitionskredite verwendet?
4. Welche Erhöhung der Grundsteuer B wäre notwendig, um den aus Frage 3 resultierenden Betrag zusätzlich einzunehmen?

Mit freundlichen Grüßen



Jörn Suika
- Fraktionsvorsitzender -